

R E S O L U T I O N

Gesundheitspolitik im Rückwärtsgang: Kürzen, budgetieren, kaputtsparen

Politik und Krankenkassen legen die Axt an die ambulante Versorgung. Der gesundheitspolitische Diskurs ist geprägt von lautstarken Klagen über zu wenige Termine für gesetzlich Versicherte, über lange Wartezeiten und eine Bevorzugung von Privatpatienten. Doch gleichzeitig sollen die Finanzmittel für den vertragsärztlichen und vertragspsychotherapeutischen Bereich weiter gekürzt werden. Es wird unter anderem erwogen, verbliebene TSVG-Regelungen abzuschaffen, die Entbudgetierung für kinder- und hausärztliche Leistungen zurückzunehmen und die psychotherapeutischen Leistungen abzuwerten. Damit droht ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten. Die Vertreterversammlung der KV Hamburg fordert die Verantwortlichen auf, gezielt und nachhaltig in den ambulanten Bereich zu investieren, statt ihn weiter zu schwächen.

Begründung:

Das ständige Hin und Her bei der Finanzierung der ambulanten Leistungen zerstört das Vertrauen in die Verlässlichkeit unserer Gesundheitspolitik. Wir brauchen klare und stabile Rahmenbedingungen. Politik und Krankenkassen sollten den Patient:innen klar sagen: Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden in Hamburg zu einer drastischen Verminderung der Versorgung und zu einer Einschränkung des Terminangebots führen.

Wir brauchen eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und die finanziellen Mittel dorthin lenkt, wo sie das System stabilisieren. Ohne eine starke, gut ausgestattete ambulante Versorgung werden wir die Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigen können.